

„Südvariante ohne Alternative“

Behörde: Auftrag für Lösungen in Delmenhorst und Ganderkesee

Von Ute Winsemann

Delmenhorst. Zur umstrittenen Südvariante für den Neubau der Bundesstraße 212 gibt es keine Alternative. So jedenfalls haben es die Regierungsvertretung Oldenburg und die Oldenburger Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gestern bei einem Presetermin zum Abschluss des Raumordnungsverfahrens dargestellt. Dabei betonten sie jedoch den Auftrag, im Planfeststellungsverfahren Lösungen für Konflikte im Raum Delmenhorst/Ganderkesee zu suchen.

Selbst, wenn man den gesetzlichen Auftrag für die B 212 aus dem Bundesverkehrswegeplan ignorierte, würde sich der Verkehr durch die Autobahn 281 samt Wesertunnel so verändern, dass die sogenannte Nullvariante, also der Verzicht auf die Straße, nicht sinnvoll und für nördliche Teile von Delmenhorst „katastrophal“ wäre, meinte Joachim Delfs, der Leiter der Straßenbaubehörde. Die von Kritikern in Delmenhorst und Ganderkesee bevorzugte Nordvariante – ob mit oder ohne Anschlussstelle Richtung Bremen – scheidet ebenfalls aus, erklärte Raumordnungsreferent Markus Goebel. Dafür machte er vor allem Naturschutzgründe im Zusammenhang mit den Schutzgebieten auf Bremer Seite, aber auch zusätzliche Belastungen für den Delmenhorster Ortsteil Deichhausen geltend.

Allerdings werde es auch mit der Südvariante „Schäden“ und „Betroffenheiten“ geben, gestand Delfs ein. Um das möglichst gering zu halten, soll unter anderem geprüft werden, ob die neue Straße von Delmenhorst bis zur Autobahn – wie bislang geplant – vier oder doch nur zwei Spuren haben soll.

Für die Verkehrsprognosen sei eine kostenfreie Durchfahrt durch den Wesertunnel angenommen worden, erläuterte Delfs. Die vorgesehene Maut werde das Fahrzeugaufkommen allerdings verringern. Nur das Ausmaß sei noch nicht bekannt. Eine Reduzierung um mehr als ein Viertel hält Delfs zwar für unwahrscheinlich, doch es könnte reichen, um mit zwei Spuren auszukommen.

Außerdem soll untersucht werden, wie sich zumindest Teile des zusätzlichen Verkehrs aus Delmenhorst heraushalten lassen. Leider habe es wegen der ablehnenden Haltung der Stadt seit fast zwei Jahren keine Gespräche mehr gegeben, bedauerte Delfs. Sowohl seine als auch die Raumordnungsbehörde zieht dabei neben Nachtfahrverboten für Lastwagen etwa oder veränderten Ampelschaltungen ausdrücklich eine Westumgehung über Ganderkeseer Gebiet in Betracht – auch als Bundesstraße, die nicht von den Kommunen zu finanzieren ist.

Auf Lärmschutz gegen den verbleibenden Verkehr – durch Wände, Wälle oder bauliche Maßnahmen an den Häusern – haben nur die Anwohner der neuen Straße rechtlichen Anspruch. Wer dagegen jetzt schon Verkehr vor der Haustür hat, könne wegen dessen Zunahme keinen Schutz einfordern, erläuterte Delfs.

Als nächstes folgt die Linienbestimmung durch den Bund. Die Antragsunterlagen würden jetzt mit Bremen erarbeitet, sagte Delfs. Er rechnet mit einem Beschluss bis Jahresende. Das Planfeststellungsverfahren dürfte selbst im Idealfall drei Jahre dauern. Als Bauzeit veranschlagt Delfs noch einmal fünf Jahre. Frühestens Ende 2017 könnten die ersten Autos über die neue Straße rollen.

WK 6.5.2009